

Antrag

der Abgeordneten Dr. Volkmar Köhler (Wolfsburg), Karl Lamers, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU, Ulrich Irmer, Dr. Olaf Feldmann, Burkhard Zurheide, Manfred Richter (Bremerhaven) und der Fraktion der F.D.P.

Grundlagen deutscher Politik gegenüber den Partnerstaaten südlich und östlich des Mittelmeers, insbesondere den Maghreb-Staaten

I.

Der Deutsche Bundestag bekennt sich zu dem Ziel, durch die Errichtung der Europäischen Union einen Raum des Friedens, der Stabilität und der wirtschaftlichen Prosperität zu schaffen, der nicht an den europäischen Grenzen haltmacht, sondern die auf die benachbarten Räume aus- und übergreift.

Er unterstützt deshalb mit Nachdruck eine zusammenhängende europäische Mittelmeerpolitik, die darauf ausgerichtet ist, die Spannungsfelder in Nordafrika und im Nahen Osten auflösen zu helfen. Mit der Bundesregierung stimmt er darin überein, daß die bilaterale deutsche Politik gegenüber den Staaten südlich und östlich des Mittelmeers in diesen Rahmen eingeordnet bleiben muß.

Die Partnerstaaten südlich und östlich des Mittelmeers sind unmittelbare Nachbarn Europas. Sie sind mit Europa durch eine lange und wechselvolle gemeinsame Geschichte verbunden, in deren Verlauf sich die Kulturen wechselseitig beeinflußt und befruchtet haben.

Europa empfing aus arabischer Hand wesentliche Teile der griechischen Philosophie, die seine weitere Entwicklung prägte. Europäer und Nordafrikaner bewohnen gemeinsam den größten Teil des Mittelmeerraumes, der für beide gleichermaßen ein wichtiger Raum ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Entfaltung ist.

Kultureller Austausch ist eine Grundvoraussetzung für gegenseitige Achtung und gegenseitiges Verständnis. Aufgrund der beachtlichen historischen, religiösen wie kulturellen Unterschiede zwischen beiden Regionen ist ein intensives gegenseitiges kulturelles Verständnis besonders notwendig, um dauerhafte Grundsteine für einen konstruktiven politischen Dialog zu legen. Nur so können die Voraussetzungen für eine gemeinsame und einver-

nehmliche Bewältigung der drängenden Probleme der Mittelmeerregion geschaffen werden.

Aufgrund der Ergebnisse der Maghreb-Anhörung im Auswärtigen Ausschuß am 4. November 1992 sieht der Deutsche Bundestag besonderen Handlungsbedarf gegenüber den Problemlagen im engeren Maghreb. Dies führt zu folgenden Schlußfolgerungen:

II.

Für die im Maastrichter Vertragswerk angelegte gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik muß es ein vorrangiges Anliegen sein, mit allen an die Europäische Gemeinschaft grenzenden Staaten einen umfassenden politischen Dialog zu pflegen. Den Partnerstaaten südlich und östlich des Mittelmeers kommt dabei herausragende Bedeutung zu. Der Deutsche Bundestag unterstützt und begrüßt daher u. a. ausdrücklich die Lissaboner Erklärung des Europäischen Rates vom Juni 1992 zu den Maghreb-Staaten.

Die Partnerstaaten südlich und östlich des Mittelmeers befinden sich in einer Phase des tiefgreifenden kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Wandels. Dieser wird die jeweiligen Demokratisierungsprozesse entscheidend beeinflussen. Ein Scheitern der Demokratisierungsbestrebungen und eine weitere Zuspitzung der sozio-ökonomischen Situation würden einen Flüchtlingszustrom größeren Ausmaßes herbeiführen, wie es sich z. Z. bereits abzeichnet. Nicht nur Frankreich und Spanien wären von den Folgen dieser Entwicklung betroffen.

Die politische, ökonomische und soziale Stabilität dieser Partnerstaaten ist mithin für die Europäische Gemeinschaft insgesamt von großer Bedeutung.

Daher bekennt sich die Bundesrepublik Deutschland zu der Verpflichtung, innerhalb ihres europäischen Wirkungsrahmens einen konstruktiven Beitrag zur allgemeinen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in den betreffenden Staaten zu leisten.

Gleichzeitig appelliert der Deutsche Bundestag an die Maghreb-Staaten und die beteiligten Parteien, durch Beachtung und Einhaltung der die Region betreffenden VN-Beschlüsse ihrerseits einen Beitrag zu Frieden und Stabilisierung im Maghreb zu leisten.

III.

Die Belebung der bilateralen wie der europäischen Beziehungen zu den Partnerstaaten südlich und östlich des Mittelmeers ist von großer politischer Bedeutung und entspricht gegenseitigem Interesse. Europa und mit ihm die Bundesrepublik Deutschland müssen dabei die Bereitschaft zeigen, sich mit anderen kulturellen Prägungen auseinanderzusetzen, diese als positiven Anreiz zur Entwicklung gemeinsamer Problemlösungsansätze zu betrachten und schließlich die Aufnahme eines intensiven politischen Dialogs nicht von der Übernahme politisch-ideeller Wertvorstellungen des Westens durch die jeweiligen Staaten abhängig zu machen.

Gleichzeitig besteht die Notwendigkeit, nachhaltig auf die Stärkung von Pluralismus und Demokratie hinzuwirken, ohne die entscheidenden Entwicklungsprobleme der betreffenden Länder nicht dauerhaft zu lösen sind. Insbesondere das wachsende Bewußtsein für die Bedeutung der Menschenrechte bedarf deutlicher Unterstützung. Auch hierbei gilt aber, daß historische, kulturelle und religiöse Aspekte Berücksichtigung finden müssen.

Die unzureichende Verwirklichung von Demokratie und Menschenrechten ist oft Folge einer komplexen ökonomischen, sozialen und demographischen Situation. Eine politische Kooperation darf daher diese objektiv gegebenen Probleme der Partnerstaaten südlich und östlich des Mittelmeers nicht außer acht lassen. Änderungen im politischen System erfordern zugleich eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Stabilisierung. Nur so kann dem Teufelskreis von Landflucht, Verstädterung, Armut, Bevölkerungswachstum und Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden, der seinerseits der geeignete Nährboden für religiöse Rückwendung ist und für fundamentalistisches Gedankengut empfänglich macht.

Ein neuer, konstruktiver politischer Dialog sollte bei konkreten sozio-ökonomischen Problemen ansetzen:

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert,

- im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) auf eine gemeinsame Politik gegenüber den Partnerstaaten südlich und östlich des Mittelmeers zu drängen;
- den Dialog mit diesen Staaten nicht nur auf Wirtschaftshilfen zu beschränken, sondern – insbesondere vor dem Hintergrund neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen im Sinne eines erweiterten Sicherheitsbegriffs – den politischen wie vor allem auch kulturellen Austausch auszubauen;
- unter Achtung und Respekt vor kulturellen, religiösen und historischen Differenzen auf die Ausarbeitung mittel- und langfristiger gemeinsamer Handlungsstrategien zu zielen;
- im verstärkten politischen Dialog mit Regierungen und politischen Kräften dieser Staaten demokratische Strukturen und die Einhaltung der Menschenrechte als unerläßliche Grundlage einer stabilen Ordnung des Zusammenlebens einzufordern und keinen Zweifel daran zu lassen, daß Fortschritte auf diesem Gebiet dem deutschen Engagement zugute kämen;
- die neuen Mittelmeerprogramme der Europäischen Gemeinschaft nachhaltig zu unterstützen sowie im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft auf eine Intensivierung derselben zu drängen. Dabei sollte langfristig neben der bilateralen Zusammenarbeit nicht zuletzt auch das Ziel einer institutionalisierten Kooperation zwischen der EG und der Union der Arabischen Maghreb-Staaten (UMA) stehen, da eine multilaterale Kooperation dieser Art eine gleichmäßige und harmonische Entwicklung der gesamten Maghreb-Region begünstigen würde. Unterstützung sollte auch gegeben werden bei dem Aufbau von Strukturen, Organen und Institutionen der UMA. Der Deutsche

Bundestag würde es in diesem Zusammenhang begrüßen, wenn sich innerhalb der UMA-Staaten eine Zollunion entwickeln würde und die Möglichkeiten für ein Freihandelsabkommen zwischen der EG und den betreffenden Partnerstaaten unter Berücksichtigung der GATT-Regelungen und der Konsequenzen für die gemeinsame Agrarpolitik geprüft würden;

- im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft darauf hinzuwirken, den Partnerstaaten südlich und östlich des Mittelmeers beim Ausbau wirtschaftlicher Zusammenarbeit Rat, Erfahrungen und konkrete Hilfe zur Verfügung zu stellen. Diese Staaten und Europa sind auch heute schon wichtige Handelspartner. Ihr Potential bringt auch für Europa große Entwicklungsmöglichkeiten;
- die Pläne einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum (KSZM) zu unterstützen, dabei aber sicherzustellen, daß die aktive Mitwirkung in der KSZM sich nicht nur auf die südlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft beschränkt, während sich die Bundesrepublik Deutschland mit Osteuropa beschäftigt. Beide Problemkreise, der Osten und der Süden Europas, bedürfen einer gemeinsamen europäischen Politik einschließlich bilateraler Maßnahmen aller Mitgliedsländer.

Bonn, den 4. März 1993

Dr. Volkmar Köhler (Wolfsburg)

Karl Lamers

Ulrich Adam

Anneliese Augustin

Dietrich Austermann

Wilfried Böhm (Melsungen)

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

Klaus Brähmig

Paul Breuer

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)

Wolfgang Dehnel

Dr. Karl H. Fell

Leni Fischer (Unna)

Erich G. Fritz

Hans-Joachim Fuchtel

Elisabeth Grochtmann

Claus-Peter Grotz

Otto Hauser (Esslingen)

Manfred Heise

Dr. Renate Hellwig

Dr. h.c. Adolf Herkenrath

Dr. Paul Hoffacker

Josef Hollerith

Siegfried Hornung

Karin Jeltsch

Dr.-Ing. Rainer Jork

Dr. Egon Jüttner

Dr. Harald Kahl

Steffen Kampeter

Volker Kauder

Thomas Kossendey

Wolfgang Krause (Dessau)

Franz Heinrich Krey

Christian Lenzer

Editha Limbach

Heinrich Lummer

Erich Maaß (Wilhelmshaven)

Dr. Dietrich Mahlo

Günter Marten

Rudolf Meinl

Hans-Werner Müller (Wadern)

Johannes Nitsch

Dr. Rolf Olderog

Dr. Gerhard Päselt

Dr. Friedbert Pflüger

Hans Raidel

Gerhard Reddemann

Otto Regenspurger

Werner Ringkamp

Kurt J. Rossmanith

Dr. Christian Ruck

Ortrun Schätzle

Christian Schmidt (Fürth)

Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)

Andreas Schmidt (Mülheim)

Michael von Schmude

Dr. Andreas Schockenhoff

Joachim Graf von Schönburg-Glauchau

Reinhard Freiherr von Schorlemer

Dr. Harald Schreiber

Dr. Hans Stercken

Egon Susset

Dr. Klaus-Dieter Uelhoff

Alois Graf von Waldburg-Zeil

Dr. Dorothee Wilms

Dr. Roswitha Wisniewski

Simon Wittmann (Tannesberg)

Dr. Wolfgang Schäuble

Michael Glos und Fraktion

Ulrich Irmer

Dr. Olaf Feldmann

Burkhard Zurheide

Manfred Richter (Bremerhaven)

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

